

**Konfrontation von Passagen der Putin-Rede zur Lage der Nation vom 25. April 2005
mit den Entwicklungen seither**

1. Menschenrechte

„[...] sichere rechtliche Garantien und Schutz durch den Staat in freier und gerechter Gesellschaft für jeden gesetzestreuen Bürger garantieren. [...] Die Kreation eines effektiven rechtlichen und politischen Systems ist eine essentielle Bedingung für die Demokratieentwicklung in unserem Land. Aber die Entwicklung demokratischer Verfahren sollte nicht Recht und Gesetz, nicht die Stabilität, für die wir so hart gearbeitet haben, und nicht den Kurs unserer wirtschaftlichen Entwicklung zum Preis haben.“²

Das russische Verfassungsgericht hatte am 11.05.2005 eine Vorschrift aufgehoben, die ein Wiederaufrollen eines rechtskräftig abgeschlossenen Strafverfahrens zu Lasten des Angeklagten verbot. Zur Begründung führte das Gericht aus, die Vorschrift hätte nicht hinnehmbare Einschränkungen der Rechte der Opfer zur Folge gehabt. Obwohl ein Verfahren formell abgeschlossen ist (z.B. Einstellung des Verfahrens, Freispruch, Urteil), kann die Staatsanwaltschaft nun innerhalb eines Jahres den Fall im Grunde nach Belieben wieder aufrollen. Seitdem haben Machthaber diese Möglichkeit genutzt, um „Gerichtsurteile nachzubessern“ oder Opponenten unter Druck zu setzen. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) sieht vor, dass ein Gerichtsverfahren in „angemessener Frist“ zum Abschluss kommen muss und ein endgültig abgeschlossenes Verfahren nicht wieder aufgenommen werden kann. Das Prinzip des Fairen Gerichtsverfahrens und Rechtssicherheit für den Angeklagten sind in Russland nicht mehr gegeben.³

Im November 2005 legten Vertreter russischer Menschenrechtsorganisationen eine Liste über rechtlich zweifelhafte Verhaftungen und Verurteilungen durch Inlandsgeheimdienst und Staatsanwaltschaft vor. Durch von der Staatsanwaltschaft und Inlandsgeheimdienst „fabrizierte“ Anschuldigungen werden regelmäßig politische Oppositionelle wegen Verrats des Vaterlandes oder staatlicher Geheimnisse verhaftet und ohne faires Gerichtsverfahren zu langen Haftstrafen verurteilt. Unter den Unterzeichnern waren Vertreter der Moskauer Helsinki-Gruppe, russische Oppositionelle, Schriftsteller und Journalisten.⁴

Allein im Jahr 2005 haben russische Bürger insgesamt mehr als 15.000 Beschwerden gegen die russische Regierung am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorgebracht. Der Großteil der Beschwerden wird zwar wegen Formfehler oder Nichtausschöpfen des nationalen Rechtswegs abgewiesen. Von den vor Gericht behandelten Fällen stellte das Gericht allerdings in neun von zehn Fällen Menschenrechtsverletzungen durch russische Behörden fest.⁵

¹ Student der Staatswissenschaften an der Universität Erfurt und ehemaliger Praktikant von Erich G. Fritz MdB.

² Putin, Wladimir: „Annual Address to the Federal Assembly“, http://kremlin.ru/eng/text/speeches/2005/04/25/2031_type70029_87086.shtml#, 25.04.2005.

³ Nussberger, Angelika: „Putins neue Menschenrechtsidee“, in: FAZ, 09.06.2005.

⁴ Quiring, Manfred: „Menschenrechtler in Russland beklagen Verfolgung“, in: Die Welt, 18.11.2005.

⁵ Hartlieb, Jutta: „Jede Woche dreihundert neue Klagen“, in: Berliner Zeitung, 29.12.2005.

In seiner Rede sprach Putin von Schutz für alle gesetzestreuen Bürger. Für strafrechtlich oder zivilrechtlich Verurteilte scheint dieser Schutz nicht zu gelten. Gemäß des Berichts der Gutachter des Europarates Bindig und Atkinson vom Juni 2005 waren die Haftbedingungen in russischen Gefängnissen nach wie vor katastrophal.⁶ Aus Protest gegen die unmenschlichen Bedingungen haben sich im Juni 2005 über 150 Häftlinge ihre Puls- und Halsschlagadern aufgeschnitten. Gleichzeitig protestierten die Angehörigen vor der Haftanstalt.⁷

Mittlerweile soll sich die Lage in den Gefängnissen gebessert haben, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Russland wiederholt (zuletzt im Januar 2006) wegen der verheerenden Zustände in seinen Justizvollzugsanstalten verurteilt hatte.⁸ Seit längerer Zeit hatte der Europarat Moskau auch dazu aufgefordert, dass der russische Inlandsgeheimdienst die Kontrolle über eigene Gefängnisse aufgeben solle. Im Februar 2006 ist nun in erster Lesung mit großer Mehrheit ein Gesetzentwurf verabschiedet worden, der die Anstalten des Geheimdienstes nun dem Justizministerium unterstellt. Danach sollte sich eine weitere Verbesserung der Haftzustände einstellen.⁹

Insgesamt scheint die Auffassung der russischen Regierung zum Schutz der Bürger und Einhaltung der Menschenrechte sehr zweifelhaft und nicht im Sinne der klassischen Menschenrechtsphilosophie: Die Menschenrechte sollen durch den Staat geschützt werden. Je mehr Eingriffsrechte die Behörden hätten, desto besser wäre der Schutz, den die Bürger genießen. Dies dreht die klassische Lehre vom Schutz der Menschenrechte um, die davon ausgeht, dass die Rechte vor dem Staat und gegen seine Eingriffe geschützt werden müssen.¹⁰

1.1. Menschenrechtsverletzungen innerhalb des Militärs

Im Bericht des Europarates wird auch darauf hingewiesen, dass sich die Situation im russischen Militär nicht gebessert habe und dass Misshandlungen und unmenschliche Bedingungen fortbestehen. Die Ankündigung des Verteidigungsministers Ivanow, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, hat sich bisher keine Konsequenzen gehabt.¹¹ Während des Jahres 2005 kam es nach offiziellen Angaben zu mindestens 16 Todesfällen im Zusammenhang mit der Misshandlung von Rekruten, zuletzt starb ein Rekrut Ende Februar 2006. Ivanow reagierte inzwischen mit Drohungen auf die kritische Berichterstattung einiger Medien und wollte nun die Presseberichte auf ihre Verfassungsmäßigkeit untersuchen lassen.¹²

1.2. Tschetschenien-Konflikt

⁶ „Honouring of obligations and commitments by the Russian Federation“, in: Report an das Monitoring Komitee des Europarats, 03.06.2005, S. 42 - 45.

⁷ *Tchomirowa*, Katja: „179 Häftlinge schneiden sich die Adern auf“, in: Berliner Zeitung, 29.06.2005.

⁸ *Hartlieb*, „Jede Woche dreihundert neue Klagen“, a.a.O.

⁹ Agence France - Presse: „FSB verliert seine Gefängnisse“, in: FAZ, 17.02.2006.

¹⁰ *Nussberger*, „Putins neue Menschenrechtsidee“, a.a.O.

¹¹ *Bindig*, Rudolf, *Atkinson*, David: „Honouring of obligations and commitments by the Russian Federation“, in: Report an das Monitoring Komitee des Europarats, 03.06.2005, S. 59 - 62.

¹² Agence France - Presse: „Iwanow droht russischen Medien“, in: SZ, 16.02.2006.

„Ich unterstütze die Idee, in diesem Jahr parlamentarische Wahlen in Tschetschenien abhalten zu lassen. Diese Wahlen sollten das Fundament für Stabilität und die Entwicklung der Demokratie und dieser Region sein.“¹³

Darüber hinaus sprach Putin auf seiner Jahrespressekonferenz am 31. Januar 2006 davon, dass der politische Prozess in Tschetschenien abgeschlossen sei. Nach mehr als einem Jahrzehnt blutiger Konflikte sei die Kaukasus-Republik wieder in den Schoss der Verfassung zurückgebracht worden. Mit der Einrichtung kommunaler Verwaltungsstrukturen habe Tschetschenien wieder gleichen Status wie jede andere Region in der Russischen Föderation.¹⁴

Tatsache ist jedoch, so Garri Kasparow (Vorsitzender des Oppositionsbündnisses Vereinigte Bürgerfront), dass der Krieg, der in **Tschetschenien** begann, sich während seiner Amtszeit auf den ganzen Nordkaukasus ausgebreitet hat.¹⁵

In ihrem Bericht an den Europarat sprachen Bindig und Atkinson von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen durch das russische Militär in Tschetschenien, die unverfolgt blieben. Die Situation sei dramatisch. Nach wie vor verschwinden Menschen spurlos, wurden ohne Gerichtsverfahren exekutiert, gefoltert und unter katastrophalen Bedingungen willkürlich inhaftiert.¹⁶

Die Situation in Tschetschenien beschreibt Wladimir Lukin (Russlands Ombudsmann für Menschenrechte) offen als weiterhin äusserst kompliziert und angespannt. Das «humanitäre Problem» habe negative Auswirkungen auf ganz Russland. Die verschiedenen Akteure in dem Konflikt seien verantwortlich für grobe Verletzungen der Menschenrechte wie unautorisierte Verhaftungen, Entführungen und Tötungen von zivilen Personen. Explizit spricht der Ombudsmann das Problem an, dass in Russland zwar eine moderne Verfassung die Menschenrechte relativ umfassend garantiert, Behörden und selbst die Legislative aber immer wieder Regeln und Gesetze verabschieden, die im Widerspruch dazu stehen. Als Beispiel nennt Lukin die Registrierungspflicht, welche an vielen Orten immer noch derart gehandhabt werde, dass sie dem in der Verfassung garantierten Recht auf freie Wohnortswahl widerspreche und Korruption begünstige. Grundsätzlich ist es sicher zu begrüßen, dass in Russland ein Ombudsmann all dies in der Regierungszeitung öffentlich bemängeln kann. Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage, wieso das eigentlich damit betraute Verfassungsgericht nicht rigorosere Verstöße konstitutioneller Rechte vorgeht.¹⁷

Im November 2005 wurden Parlamentswahlen in Tschetschenien abgehalten. Die Forschungsgruppe Russland der Stiftung Wissenschaft und Politik kam zu dem Ergebnis, dass die allgemeine Sicherheitslage keine fairen und freien Wahlen zuließ. Alle wählbaren Parteien wurden vom Kreml bestimmt - unter ihnen ausschließlich russische, aber keine tschetschenischen Parteien. Die Regierungspartei von Präsident Putin „Einiges Russland“ gewann die Wahl mit annähernd zweidrittel Mehrheit. Nach der Wahl kann von einer

¹³ Putin, „Annual Address“, a.a.O.

¹⁴ Associated Press: „Putin zur Integration Tschetscheniens“, in: Neue Zürcher Zeitung, 01.02.2006.

¹⁵ Kasparow, Garri: „Rußland und Putin sind nicht dasselbe“, in: FAZ, 04.05.2006.

¹⁶ Bindig, Atkinson, „Honouring of obligations and commitments by the Russian Federation“, a.a.O., S. 53 - 54.

¹⁷ Lukin, Wladimir: „Grassierender Chauvinismus in Russland“, in: Neue Zürcher Zeitung, 01.04.2005

uneingeschränkter Gewaltausübung des Parlaments nicht gesprochen werden, ebenso wenig von einer realen politischen **Gewaltenteilung**.¹⁸

Im Januar 2006 legte Bindig seinen letzten Bericht an den Europarat über Tschetschenien vor, in dem er von anhaltenden, gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch das russische Militär spricht. Insgesamt habe sich die Lage im Kaukasus seit seinem letzten Bericht kaum gebessert.¹⁹

2. Demokratische Institutionen

„Das Recht, gewählt oder ernannt zu werden, wie auch Zugang zu öffentlichen Diensten und Informationen, müssen gleichermaßen für alle Bürger unseres Landes verfügbar sein.“²⁰

Die „Gesellschaftliche Kammer“ bestehend aus prominenten Repräsentanten der Bevölkerung hat sich im Jahre 2006 konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll die Macht der Regierung kontrollieren und Politik transparenter machen, indem sie Gesetze auf ihre soziale Verträglichkeit hin überprüft, d.h. sie gibt Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben ab. Im Jahr 2005 wurde das erste Drittel der Mitglieder von Putin ernannt, das nächste Drittel vom ersten Drittel, das letzte Drittel von den ersten beiden Dritteln der Mitglieder. Obwohl die Kammer nachdrücklich um Anhörung gebeten hatte, wurde sie nicht an der Ausarbeitung des höchst umstrittenen NGO-Gesetzes (siehe 8.) beteiligt.²¹

Seit Jahresbeginn 2005 wurden alle bisher direkt gewählten Gouverneure vom Kreml ernannt. Seitdem wurden im Laufe des Jahres 2005 versuchsweise auch Landräte und Bürgermeister von den eingesetzten Gouverneuren ernannt.²²

Das Parteiengesetz vom April 2005 hat erste Wirkungen gezeigt. Durch die Anhebung der Sperrklausel für Parteien von fünf auf sieben Prozent, droht vielen von ihnen das politische Aus. Für das Moskauer Stadtparlament wurde die Sperrklausel sogar auf 10 Prozent gesetzt. Bei den Wahlen im Dezember 2005 schafften es nur drei Parteien in das städtische Parlament, die Partei von Präsident Putin gewann die Wahl.²³ Mittlerweile hatte das russische Verfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit des Parteiengesetzes bestätigt.²⁴

Zu den jüngsten Neuerungen im russischen Wahlrecht gehört auch die Vorgabe, dass Wahlen nach Möglichkeit im ganzen Gebiet der Föderation am zweiten Sonntag im März stattzufinden haben - mit dem zweiten Oktobersonntag als Ausweichdatum. Kritiker hatten bei der Einführung dieses Datumzwangs darauf hingewiesen, dass vor allem kleinere Parteien mit der Aufgabe, im eurasischen Riesenreich an mehreren Orten gleichzeitig einen effizienten Wahlkampf zu führen, heillos überfordert sein würden.

- Der Sinn der „Gesellschaftlichen Kammer“ muss zumindest angezweifelt werden. Die Versammlung soll die Regierungsmacht und, in ihrer Funktion als Vertretung des Volkes, Gesetze kontrollieren. Wie in westlichen Demokratien bzw. im

¹⁸ Halbach, Uwe: „Tschetschenische Parlamentswahlen“, in: Russlandanalysen 83/05, 02.12.2005, <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen83.pdf>, S. 11 - 12.

¹⁹ Sattler, Karl-Otto, „Europarat prangert Moskau an“, in: FR, 26.01.2006.

²⁰ Putin, „Annual Address“, a.a.O.

²¹ Wolkowa, Irina: „Wird Russlands Duma überflüssig?“, in: Neues Deutschland, 21.11.2005

²² Wolkowa, „Wird Russlands Duma überflüssig?“, a.a.O.

²³ Quiring, Manfred: „Kreml-Partei dominiert Moskaus Stadtparlament“, in: Die Welt, 06.12.2006.

²⁴ „Verfassungsgericht bestätigt Putins Reform“, in: FAZ, 22.12.2005.

demokratischen Idealfall sollte das Parlament diese Funktionen ausüben. Russland verfügt mit seiner Duma über ein vom Volk gewähltes Parlament. Die Kammer konkurriert also mit wesentlichen Funktionen des russischen Parlaments. Darüber hinaus verfügt diese „Gesellschaftliche Kammer“ nicht über eine ausreichende demokratische Legitimation, da seine Mitglieder von der Regierung ernannt werden bzw. sich aus der Kammer heraus rekrutieren.

Nichtsdestoweniger wäre eine Kontrolle der Regierungsmacht in Russland durchaus wünschenswert. Allerdings hat die Kammer keine reale Macht dafür, da sie lediglich beratend wirken darf und keinerlei Initiativrechte hat.

- Gleichen Zugang zu Ämtern und gleiche Rechte, gewählt zu werden, fordert Präsident Putin. Die reale Umsetzung demokratischer Prinzipien in Russland wie allgemeine Wählbarkeit, Zugang zu Ämtern und politische Mitwirkungsrechte lässt sich zurzeit eher so umschreiben: die Chancen und Rechte sind für alle Bürger gleich gering. Mit seiner Politik der „gelenkten Demokratie“ überlässt Putin immer weniger die Beschickung staatlicher Institutionen dem Volk.

3. Wirtschaftliche Freiheiten

„[...] ökonomische Freiheit für Bürger, Prinzipien der Gerechtigkeit müssen eingehalten werden, welche in Beziehung stehen zur Chancengleichheit, die vom Staat garantiert werden muss.“²⁵

Einschränkungen in der wirtschaftlichen Freiheit der Bürger haben sich vor allem seit dem Gerichtsurteil gegen Chodorkowskij ergeben. Seitdem drohten Behörden glaubhaft privaten Unternehmen und zwangen sie so zur Kooperation mit den Behörden bzw. zu monetären Zuwendungen.²⁶

Seit Putins Rede hatte sich die wirtschaftliche Freiheit für die Bürger nicht geändert, sie ist nach wie vor nicht gegeben. Statt einen starken, aber schlanken und effizienten Staat zu errichten und seinem selbst erklärten Ziel näher zu kommen, dass nur ein wirtschaftlich starkes Russland auch ein politisch mächtiges Russland sein kann, betreibt er das Gegenteil: Die Bürokratie wird aufgebläht, das Wirtschaftswachstum geschwächt. Allein 2005 stieg die Zahl der Beamten - ohne Armee, Polizei, Geheimdienst - um erneut gut zehn Prozent auf 1,46 Millionen.²⁷

Zugleich hat sich seit 2001 die Höhe eines durchschnittlichen Bestechungsgeldes von Firmen an Beamte laut INDEM - Institut von 10 000 auf 136 000 Dollar erhöht. Der Zusammenhang ist offensichtlich: Bürokratie ist zum profitabelsten Business in Russland geworden, und dem Anstieg der Beamtenzahl folgt ein weiteres Anwachsen der Korruption", sagt Kirill Kabanow vom Nationalen Anti-Korruptions-Komitee.

Allein 2005 gaben staatliche Konzerne fast 18 Milliarden Dollar für Übernahmen privater Konkurrenten aus. Der Staatsanteil an börsennotierten Konzernen stieg innerhalb des letzten Jahres um 15 Prozent auf über 30 Prozent an. Zusätzlich hat das Wirtschaftsministerium Ende 2005 eine Liste „strategischer Unternehmen“ veröffentlicht, von denen größere Aktienpakete nur mit Zustimmung des Kremls verkauft werden dürfen.²⁸

²⁵ Putin, „Annual Address“, a.a.O.

²⁶ Fischer, Peter: „Russland wird reicher und unfreier“, in: Neue Zürcher Zeitung, 11.02.2006.

²⁷ Brüggmann, Mathias: „Rückfall in die Staatswirtschaft“, in: Handelsblatt, 25.04.2006.

²⁸ Brüggmann, Mathias: „Der Kreml greift nach den Konzernen“, in: Handelsblatt, 16.02.2006.

Ein weiterer Schwachpunkt der russischen Wirtschaft zeigt sich insbesondere an geringen Zuflüssen ausländischer Direktinvestitionen. Der russischen Regierung ist es trotz vieler wirtschaftspolitischer Reformen bisher nicht gelungen, ausreichend attraktive Rahmenbedingungen für Investoren zu schaffen. Internationale Investoren kritisieren insbesondere fehlende Rechtssicherheit, weit verbreitete Korruption, eine überbordende Bürokratie und die geringe Leistungsfähigkeit des russischen Bankensystems.

- Seit April 2005 hat der Kreml seine Wirtschaftspolitik der Verstaatlichung großer Teile der Privatunternehmen fortgesetzt. Chancengleichheit zwischen den privaten Unternehmen mag gegeben sein, aber mit staatlich kontrollierten Unternehmen, die vorwiegend monopolartige Stellungen in sämtlichen Bereichen innehalten, können sie nicht konkurrieren. Die Wirtschaft wird faktisch vom Staat gelenkt.

4. Korruption

„Das Potential der Zivilgesellschaft wird nicht effektiv genutzt, solange das Niveau von Korruption, Unverantwortlichkeit und fehlender Professionalität hoch bleiben.“²⁹

Im „Corruption Perceptions Index 2005“ von der Organisation *Transparency International* hat die Russische Föderation von 10 möglichen Punkten 2,4 Punkte erhalten (2004 noch 2,8 Punkte). Russland liegt damit im unteren Drittel von 156 Ländern und wird als „highly corrupt“ eingestuft.³⁰

Nach Ansicht des russischen Generalstaatsanwalts Wladimir Ustinow hat sich die organisierte Kriminalität in Rußland in der Polizei, den Geheimdiensten sowie der gesamten Beamenschaft eingenistet. „Leider werde der Kampf gegen Korruption, Amtsmißbrauch und Unterschlagung bislang nicht wirklich, sondern nur auf dem Papier geführt“, so Ustinow.³¹

Die Bereitschaft und Einstellung zu Korruption in der russischen Bevölkerung ist auch laut einer Umfrage der INDEM Stiftung von 2005 relativ stabil geblieben. Auffällig hoch waren Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit der Befreiung vom Militärdienst und der Anstieg der durchschnittlichen Schmiergeldsummen, die von Unternehmen in Russland gezahlt werden, von 33,5 Milliarden (2001) auf 316 Milliarden Dollar (2005).³²

- Seit April 2005 hat sich im Bereich der Korruption wenig geändert. Die verstärkten bürokratischen Strukturen begünstigen Korruption und Vetternwirtschaft. Die Korruption sei „verstaatlicht“ worden.³³
- Am 10.05.2006 hatte Präsident Putin in seiner neuesten Rede zur Lage der Nation mangelnde Erfolge bei der Korruptionsbekämpfung zugegeben.³⁴ Kürzlich waren zahlreiche ranghohe Beamte aus Geheimdienst, Polizei, Zoll und Justiz wegen Korruption entlassen worden.

²⁹ Putin, „Annual Address“, a.a.O.

³⁰ „Corruption Perception Index 2005“, in Global Corruption Report 2006, Transparency International, http://www.transparency.org/content/download/4825/28530/file/Part%203_10_18_Research%201.pdf.

³¹ „Kriminalität bedroht Russlands Sicherheit“, in FAZ, 16.05.2006

³² „Diagnostics of Russian Corruption 2005“, INDEM foundation, http://www.indem.ru/en/publicat/2005diag_engV.htm.

³³ Prof. Dr. Andrej Zagorskij, Vortrag Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin 07.03.2006

³⁴ Putin, Wladimir: „Annual Address to the Federal Assembly 2006“, http://kremlin.ru/eng/speeches/2006/05/10/1823_type70029type82912_105566.shtml

5. Pressefreiheit

„Während der Befreiung der größeren Massenmedien von der Zensur der Oligarchen haben wir es versäumt, die Medien vor dem ungesunden Eifer einiger Amtspersonen zu schützen.

[...] was getan werden muss, um sicherzustellen, dass das nationale Fernsehen die relevantesten Belange der Zivilgesellschaft berücksichtigt und ihre Interessen schützt.

[...]

Wir müssen garantieren, dass Staatsfernsehen und -radioübertragung so objektiv wie möglich sind, frei von Einflüssen bestimmter Gruppen, und dass sie das ganze Spektrum an öffentlichen und politischen Kräften des Landes reflektieren. [...]

Ich denke, dass unsere primäre Aufgabe sein sollte, für unsere Bürger den Zugang zu objektiven Informationen zu gewährleisten. Dies ist eine politische Angelegenheit von vitaler Wichtigkeit und ist direkt mit der Umsetzung der Prinzipien von Freiheit und Gerechtigkeit in unserem Land verbunden.“³⁵

Seit Juni 2005 kontrolliert Gasprom-Media die bis dahin als unabhängige und regierungskritisch geltende Zeitung „Iswestija“. Gasprom-Media besitzt oder kontrolliert mittlerweile neben dem staatlichen Fernsehen noch drei Fernsehanstalten, fünf Radiostationen sowie Zeitungen und Magazine, und ist, als Tochterunternehmen der staatlich kontrollierten Erdgasfirma Gasprom, der größte Medienkonzern Russlands.³⁶

Der Bericht der Gutachter des Europarates Bindig und Atkinson vom Juni 2005 stellte der Pressefreiheit in Russland ein mangelhaftes Zeugnis aus. Von Pressefreiheit könne in Russland keine Rede mehr sein. Bindig und Atkinson können „nur feststellen, dass Pluralismus und Unabhängigkeit der Medien nicht ausreichend gewährleistet werden und dass dies Auswirkungen auf das normale Funktionieren der Demokratie hat.“³⁷

Im November 2005 wurde der russische Journalist und Direktor der Russisch-Tschetschenischen Freundschaftsgesellschaft Stanislaw Dimitrijewski wegen Anstachelung zum ethnischen Hass angeklagt. Er hatte als Chefredakteur der Zeitung „Prawo-Saschita“ im April 2004 Friedensappelle des ehemaligen tschetschenischen Rebellenführers Maschadow veröffentlicht. Bereits im Februar 2006 ist er zu zwei Jahren Haft verurteilt worden.³⁸

Die Nichtregierungsorganisation „Freedom House“ schätzt die Pressefreiheit Russlands im Jahr 2005 als mangelhaft ein. Russland sei vom Standpunkt der Pressefreiheit aus betrachtet kein freies Land.³⁹

2005 wurden mehrere Journalisten verfolgt, misshandelt und mindestens zwei auf Auftragsbasis ermordet, um Zeichen zu setzen und andere Journalisten einzuschüchtern. Seit Amtsantritt Präsident Putins sind bereits 12 Journalisten gezielt ermordet worden. Die Methoden der Misshandlungen und Morde lassen auf den russischen Inlandsgeheimdienst

³⁵ Putin, „Annual Address“, a.a.O.

³⁶ Ludwig, Michael: „Im Griff“, in: FAZ, 04.06.2005.

³⁷ „Honouring of obligations and commitments by the Russian Federation“, in: Report an das Monitoring Komitee des Europarats, 03.06.2005, S. 27 - 28.

³⁸ Associated Press: „Russischer Journalist verurteilt“, in: SZ, 04.02.2006.

³⁹ „Freedom of the Press - Russia (2005)“, in <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=16&year=2005&country=6818>, Freedom House 2005.

FSB schließen. Laut der in Washington D.C. basierenden NGO „Committee to Protect Journalists“ gilt Russland weltweit als eins der fünf gefährlichsten Länder für Journalisten.⁴⁰

- Es bleibt wohl Präsident Putins Geheimnis, wie er durch die staatlich gelenkte Gasprom fast sämtliche russische Medien kontrollieren lässt und regierungskritische Berichterstattung unterdrückt, sich aber gleichzeitig für Zugang zu objektiven Informationen, die „das ganze politische und gesellschaftliche Spektrum“ repräsentieren, engagieren will. Sein Geheimnis wird es ebenfalls bleiben, wie regimekritische Journalisten mit Duldung der Regierung verfolgt werden und ihre Arbeit sabotiert wird, Putin dennoch sicherstellen will, dass das Fernsehen die Interessen der Zivilgesellschaft schützt.

6. Rechtssicherheit

„Die staatlichen Autoritäten müssen sich von Missbrauch administrativer Hebel fernhalten und daran mitarbeiten, Möglichkeiten zur Entwicklung von wirklich demokratischen Institutionen in unserem Land zu eröffnen.“⁴¹

Im Februar 2006 haben im Zuge des Karikaturenstreits zwei Zeitungen in zwei Provinzen Russlands Karikaturen über den Islam veröffentlicht. Obwohl keiner der muslimischen Würdenträger in den Provinzen an den Karikaturen Anstoß genommen oder protestiert hatte, nutzten die örtlichen Gouverneure die Situation, um den Zeitungen ihre Lizenzen zu entziehen, auch wenn der Kreml dies anscheinend nicht in Auftrag gegeben hatte. Scheinbar wollten sich die Provinzgouverneure beim Kreml profilieren.⁴²

- Nach Putins Aufforderung im April 2005 scheint sich die politische Kultur in den Provinzen zu verändern. Allerdings richten die Provinzen ihre Politik entsprechend der Realpolitik des Kremls aus, zumal Präsident Putin zunehmend politische Macht, insbesondere auch personalpolitische Entscheidungen, in seinem Amt bündelt.

7. Unabhängigkeit der Justiz

„Wir wollen, dass alle gesetzestreuen Bürger auf die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden stolz sein können. Wenn Teile der russischen Gesellschaft das Gerichtssystem als korrupt ansehen, dann können wir nicht von einer effektiven Judikative in unserem Land sprechen.“⁴³

Der Transformationsindex 2006 der Bertelsmann Stiftung stellt die Unabhängigkeit der Justiz Russlands mehr als in Frage. In dem Bericht über das Jahr 2005 hieß es, dass „Prinzipien der Gleichbehandlung und formales Prozessrecht im Interesse der nationalen Regierung verletzt worden“ sind.⁴⁴

⁴⁰ „Russia“, in: Attacks on the press 2005, Committee to Protect Journalists, http://www.cpj.org/attacks05/europe05/russia_05.html.

⁴¹ Putin, „Annual Address“, a.a.O.

⁴² Quiring, Manfred: „Karikaturen-Streit“, in: Die Welt, 21.02.2006.

⁴³ Putin, „Annual Address“, a.a.O.

⁴⁴ „Russia“, in: Bertelsmann Transformation Index 2006, <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/en/2006/CISAndMongolia/Russia.pdf>, S. 6.

Die Unabhängigkeit der Anwälte wurde ebenfalls untergraben durch einen Gesetzesentwurf vom Dezember 2005, in welchem Anwälte unter das Justizministerium zur Kontrolle und Aufsicht unterstellt werden sollen. Disziplinierungs- und Strafmaßnahmen per „Vorschlag“ des Justizministeriums an den Präsidenten der Anwaltskammer, Entzug der Lizenzen und eine substantielle Aufhebung des Anwaltsgeheimnisses sollen durch die Gesetzesänderung möglich gemacht werden. Der Vize-Präsident der russischen Anwaltskammer sprach davon, dass die Arbeit der Anwälte im Allgemeinen behindert werde, beispielsweise durch zu kurze Fristen, illegale Vorladung von Anwälten als Zeugen (und der damit verbundene Ausschluss vom Verfahren), eindeutige Parteilichkeit von Richtern (Zulassung von Beweismitteln der Anklage, aber nicht der Verteidigung). Auch illegale Durchsuchungen der Anwaltsbüros oder abhören von vertraulichen Gesprächen gehörten laut Vize-Präsident immer noch zum russischen Anwaltsalltag.⁴⁵

Im Mai 2005, unmittelbar nach Putins Rede zur Lage der Nation, wurde der russische Unternehmer Chodorkowskij nach einem „politisch motivierten Prozess“ zur Durchsetzung „national-strategischer Interessen“ zu einer langen Haftstrafe verurteilt.⁴⁶ Der Prozess gegen den Yukos-Chef war auch dem Bericht Bindigs und Atkinsons für den Europarat zufolge nicht nach den Prinzipien eines fairen Verfahrens abgelaufen.⁴⁷

8. Zivilgesellschaft

Am 23. November einigte sich die Duma auf ein neues NGO-Gesetz. Die Änderungen sehen erweiterte Kontrollmöglichkeiten über russische NGO vor und erschweren deren Arbeit durch zusätzliche gesetzliche Auflagen. Eindeutig mehr diskriminiert werden dabei privat gegründete NGO. Hauptadressat des Gesetzes waren aber ausländische NGO. Sie sollten sich künftig als „Gesellschaftliche Organisationen“ nach russischem Recht registrieren lassen und damit den schärferen Kontrollen der russischen Behörden unterliegen. Da Ausländern nur mit einem mehr als einjährigen Aufenthaltstitel die Gründung russischer „Gesellschaftlicher Organisationen“ und das Engagement in ihnen offen steht, wären Ausländer aus der Mitarbeit gänzlich herausgedrängt worden. Die meisten ausländischen NGO hätten somit ihre Vertretungen in Russland schließen müssen. Präsident Putin hatte im Vorfeld geäußert, dass es nicht sein könne, dass durch das Ausland finanzierte - und dadurch gelenkte - Organisationen in Russland politischen Einfluss nähmen.⁴⁸

Die in zweiter Lesung abgeänderte und finale Fassung des von Präsident Putin am 10.01.06 unterzeichneten NGO-Gesetzes sieht zwar nicht mehr die Registrierung ausländischer NGO als russische Organisationen vor, unterstellt sie aber dennoch der Kontrolle einer eigens eingerichteten Kontrollbehörde und unterwirft sie strengeren Steuerkontrollen. Die Verschärfungen für russische NGO bleiben unverändert bestehen.⁴⁹

Überdies wird die schwammige Formulierung der Kriterien bemängelt, die es den Behörden erlaube, Vorhaben von NGO zu verbieten oder ausländischen NGO die Registrierung zu verweigern. In diesem Sinne können die Behörden einschreiten, wenn ein Vorhaben die territoriale Integrität Russlands, dessen Souveränität oder die Eigenheit der russischen Nation

⁴⁵ Massel, Florian: „Anklagende Verteidiger“, in: FR, 16.12.2005.

⁴⁶ Fischer, Peter: „Russland wird reicher und unfreier“, in: Neue Zürcher Zeitung, 11.02.2006.

⁴⁷ Bindig, Atkinson, „Honouring of obligations and commitments by the Russian Federation“, a.a.O., S. 63 - 65.

⁴⁸ Siebert, Jens: „Spezoperazija. Das neue NGO-Gesetz“, in: Russlandanalysen 82/05, 25.11.2005, <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen82.pdf>, S. 7 - 8.

⁴⁹ Brössler, Daniel: „Im Klammergriff des Kreml“, in: SZ, 21.12.2005.

bedroht. Bereits kurz nach der Verabschiedung der Gesetzesänderungen hatten Vertreter deutscher Stiftungen, die in Russland arbeiten, die Befürchtung geäußert, dass diese Formulierung der Behördenwillkür Tür und Tor öffne.⁵⁰

Auch das abgeänderte Gesetz verstößt laut einer Gutachtergruppe des Generalsekretariats des Europarats gegen eine Reihe von Grundsätzen der Europäischen Menschenrechtskonvention. Russische Behörden dürften insbesondere nicht näher spezifizierte Verwaltungsunterlagen der NGO einsehen und beliebig Kontrollen der NGO vornehmen. Zudem sei die unpräzise Formulierung des Gesetzes ein Problem, die den Behörden unter Umständen erlaube, NGO zu verbieten oder ihnen die Registrierung zu verweigern. Allerdings müsse erst die Umsetzung des Gesetzes abgewartet werden, bevor der Europarat weitere Schritte einleiten wird.⁵¹

9. Finanzierung der Demokratiereform

Gelder in Höhe von 15 Millionen Euro will die russische Regierung im Jahr 2006 für „die Entwicklung der Demokratie in Russland und im Ausland“ ausgeben. Im Inland wird das Geld nur an förderungswürdige nichtkommerzielle Organisationen verteilt, deren Ziele mit den staatlichen Interessen Russlands in Übereinstimmung stehen, wie z.B. die Jugendbewegung „Junge Garde“ der Regierungspartei „Einiges Russland“. Der Großteil der Gelder geht an Organisationen im Ausland, z.B. an regierungsfreundliche Organisationen oder Landsmannschaften ethnischer Russen in ehemaligen UdSSR-Staaten wie Weißrussland oder der Ukraine. Das Förderungspaket gilt als Antwort auf wachsende Kritik am Demokratiedefizit Russlands aus dem Ausland aber auch von Mitgliedern der eigenen Regierungspartei.⁵²

- Obwohl Putin im April 2005 angekündigt hatte, die Demokratie-Entwicklung in Russland voranzutreiben, können sich nicht alle Organisationen und politischen Stiftungen über finanzielle Mittel freuen. Zuwendungen gibt es nur für solche Organisationen, die eine Demokratievorstellung nach Kremlart propagieren.

⁵⁰ Gutachten des Europarats: Schwammige Formulierung möglicher Verbotgründe, in: FAZ, 16.02.2006

⁵¹ Davis, Terry: „Pressemitteilung“, in: Pressestelle des Europarates, http://www.coe.int/T/D/Kommunikation_und_politische_Forschung/Presse_und_Online_Info/Presseinfos/2005/20060217-87-SG-NGO.asp#TopOfPage, 17.02.2006; siehe auch: „Russisches NGO-Gesetz verstößt gegen Normen“, in: FAZ, 16.02.2006.

⁵² Windisch, Elke: „Ein Zuckerbrot für treue Demokraten“, in: Stuttgarter Zeitung, 23.11.2005.